



Eine Gesellschaft ist wie ein Wohnblock: In den Häusern wohnen Menschen, die eine soziale Ordnung wollen. Und der Kinderspielplatz sollte belebt sein.

„Sozialpolitik auf den Prüfstand“

Sozialpatriotisch? Wirtschaftsliberal? Die AfD-Abgeordneten Timo Böhme und Joachim Paul wollen zurück in die Zukunft: Hierbei sei das „Modell Bismarck“ aktueller und moderner als alles andere.

INTERVIEW: ULRICH NOVAK

Sozialpolitik kann Wahlen entscheiden. Erstmals 1957: Der CDU gelang es, mit 50,2 % Stimmenanteil die absolute Mehrheit zu erringen. Wahlentscheidend war die Einführung der dynamischen Rente durch Umstellung vom kapitalgedeckten auf ein umlagefinanziertes Verfahren. Die nunmehr dynamische Rente beteiligte Ruheständler am wirtschaftlichen Erfolg. Durch eine neue Rentenformel ergab sich auf Grundlage der Brutto-Lohnentwicklung ein sattes Plus. Voraussetzung: eine konstante Bevölkerungsentwicklung.

Kanzler Konrad Adenauer (CDU) sagte damals: „Kinder kriegen die Leute von alleine.“ Er kannte aber Hedonismus und Dekadenz der '68er nicht. Sie bildeten nach ihrem Marsch durch die Institutionen bis heute das geistige Fundament der länger Regierenden.

Auf das bundesdeutsche Sozialsystem kommt eine existenzgefährdende Krise zu. Alles muss auf den Prüfstand: Familienpolitik, Rentenpolitik, Pflege und in Vorausschau auch die Arbeitslosenpolitik. Denn: KI und Digitalisierung werden Routinetätigkeiten und damit viele

Arbeitsplätze ausradieren. Die Massenzuwanderung kulturfremder Geringqualifizierter in die Sozialsysteme wird die Krise noch erheblich verschärfen.

Das thematisiert in Deutschland bislang nur die AfD. Eine Partei, die in 16 Landtagen sitzt und Oppositionsführerin ist, muss als „komplette“ politische Kraft auch die Sozialpolitik in den Blick nehmen. Auch wenn der Bundesparteitag der AfD wegen der Corona-Pandemie ausgefallen ist, der Leitantrag wird die nächsten Monate intensiv diskutiert werden. Gelingt es der AfD, die sozialpatriotischen Vorstellungen der mitteldeutschen mit jenen der marktwirtschaftlich-wirtschaftsliberal orientierten Verbände des Westens bzw. Südwestens in Ausgleich zu bringen? Eine Klammer deutet sich bereits an: Das Gerechtigkeitsempfinden des Volkes hat eine Leistungskomponente. Die überwältigende Mehrheit sagt: Leistung muss sich lohnen. Der Abstand zwischen Erwerbseinkommen und Sozialstütze soll also groß, Höhe und Umfang der grundsätzlich befürworteten sozialstaatlichen Sicherung von der zuvor erbrachten Leistung abhängig sein.



**Geld für Renten
statt für illegale
Migranten!**



**Sozial,
ohne rot zu
werden!**



**Vater,
Mutter,
Kinder.**



Freilich: Herr Paul, Herr Böhme – auf einem Bundespartei-tag geht es auch immer um die Ausrichtung einer Partei. Für die AfD stellt sich die Frage, ob sie sich eher als sozialpatriotische Partei weiter etablieren oder sich eher als marktwirtschaftlich-liberale Partei positionieren will. Was ist ihre Empfehlung?

Timo Böhme: Der Leitantrag der Bundesprogrammkommission macht klar: Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft. In einer patriotischen Partei wie der AfD können sich beide Positionen treffen.

Es geht darum, den Sozialstaat in Balance zu halten oder diese wiederherzustellen. Im Mittelpunkt steht die Familie. Sie ist Keimzelle der Gesellschaft und tragende Säule des Sozialstaates. Väter und Mütter, die Kinder großgezogen haben, müssen im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit finanziell entlastet bzw. bessergestellt werden.

Die Anerkennung der Erziehungsarbeit muss zukünftig eine viel größere Rolle spielen. Deutschland hat zu wenig Kinder. Fehlendes Nationalbewusstsein, Hedonismus, gesellschaftliche Fehlanreize und nicht zuletzt eine falsche Familienpolitik haben zu einem riesigen demografischen Problem geführt. Solange unsere umlagefinanzierte Rente nicht nachhaltig reformiert wird, muss kommenden Generationen immer mehr aufgebürdet werden, zudem wird die Altersarmut immer weiter um sich greifen.

Gibt es dazu unterschiedliche Ansichten und Mentalitäten in Mittel- und Westdeutschland? Wie sehen Sie das?

Timo Böhme: In Mitteldeutschland spielen die Erfahrungen und Strukturen aus der ehemaligen DDR noch eine Rolle. Auf der einen Seite hat der erfolgreiche Kampf um die persönliche Freiheit zu einer großen Sensibilität hinsichtlich Einschränkungen der Meinungsfreiheit geführt – es gibt ein gesundes Misstrauen gegen eine von oben als angeblich richtig verordnete Meinung, zum Beispiel beim Thema Einwanderung. Auf der anderen Seite sieht man die Notwendigkeit eines starken Sozial- und Fürsorgestaates, der eben nicht alles dem Markt überlässt. Im Westen Deutschlands ist der Gedanke der Subsidiarität stärker verankert. Also die Eigenverantwortung des Bürgers, sich erst einmal selbst zu helfen und nicht sofort nach dem Staat zu rufen. Die Chancen, aber auch Risiken der Marktwirtschaft – etwa des persönlichen wirtschaftlichen Misserfolges – werden hier grundsätzlicher akzeptiert.

Wodurch unterscheidet sich die AfD überhaupt in der sozialen Frage von den Altparteien? Warum wäre die AfD auch als sozialpolitische Alternative nötig?

Timo Böhme: Es mag einfach klingen, aber die soziale Marktwirtschaft braucht Grenzen. Unsere Welt ist immer noch von extremen Unterschieden geprägt. Eine globale soziale

Marktwirtschaft ist daher nicht möglich. Unser Nationalstaat ist sozusagen das Gefäß und der notwendige Schutz für unseren Erfolg. Dabei können wir mit gleichgesinnten Nationalstaaten in Europa natürlich eine viel engere Kooperation und Bindung eingehen als mit dem Rest der Welt. Die AfD betrachtet die soziale Frage also im nationalen Kontext und nicht als globale Illusion.

Herr Paul, Sie sagen, Bismarck sei „sozialpolitisch nachhaltiger als Kohl, Schröder oder Merkel“ und plädieren gar für ein „Bismarck reloaded“ – was bedeutet das?

Joachim Paul: Die Sozialversicherungsträger sind im Kaiserreich gegründet worden – im Wesentlichen von Otto von Bismarck. Das war einmalig in der Welt. Die Arbeitslosenversicherung folgte im Jahr 1927 – hier setzte sich eine bürgerliche Regierung gegen den Widerstand von Kommunisten und Nationalsozialisten durch. Das ist die historische Ausgangslage. Bismarck wollte zweierlei: keine Privatisierung des Sozialstaats – er sah bereits damals ein, so wörtlich, „Konkursrisiko – und das Versicherungsprinzip“. Die Sozialleistung, insbesondere die Rentenleistung, sollte sich aus Beitragsjahren und Beitragshöhe ergeben, also die Lebensleistung widerspiegeln. Wer fordert, dass „jeder“ das „Gleiche“ erhalten solle, nähert sich dem „Volksheim“-Modell an, das die Linksozialisten in Schweden errichtet haben. Das wäre aber eine Abkehr von Bismarck. Die

Die Alternative für Deutschland will auch eine soziale Alternative sein. Patriotische Politik muss den Menschen, die sie vertritt, auch nutzen.

„Die Sozialversicherungsträger sind im Kaiserreich gegründet worden – im Wesentlichen von Bismarck.“

Rentenversicherung ist, wie der Name schon sagt, eine Versicherung und keine allgemeine Sozialhilfe. Unser traditioneller Sozialstaat steht vor großen Krisen, insbesondere einer fatalistisch als bloß demografisch verschleierte. Verständlich, dass vieles infrage gestellt wird. Ich glaube aber, dass eine Reparatur des Ganzen erfolgreich sein könnte, und zwar nach den Prinzipien, die Bismarck einst aufgestellt hat.

Ihre Fraktion in Rheinland-Pfalz hat sogar ein eigenes Rentenkonzept vorgelegt. Was schlagen Sie vor?

Timo Böhme: Im Zuge der Globalisierung haben zunehmende Automatisierung und Digitalisierung zu einer zunehmenden Trennung von Arbeit – also etwa der arbeitenden Belegschaft und Maschinen – und Wertschöpfung geführt. Ein Techgigant, der nur Software einsetzt und virtuelle Werte schafft – z. B. Dienstleistungen im Web 2.0. –, kann ein Vielfaches an Wertschöpfung erzielen als ein klassisches Industrieunternehmen, das eine große Belegschaft für seine Fertigung benötigt. Unsere Sozialversicherungen werden aber insbesondere durch Abgaben von Arbeitnehmern und dem

entsprechenden Arbeitgeberanteil, also pro Kopf, finanziert. Mit einer Wertschöpfungsabgabe könnte man dieser Entwicklung Rechnung tragen und auch weniger personalintensive Unternehmen an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen – das wäre zeitgemäß. Diese Idee ähnelt der Digitalsteuer, die global tätige Techgiganten, die sich die Vorteile nationaler Steuersysteme zunutze machen, zahlen sollen.

Lassen Sie uns das Thema mal groß angehen: Sie wollen den ganzen Sozialstaat reparieren – wie konkret? Rente ...

Joachim Paul: Timo Böhme hat ja bereits dargestellt, wie Familien gestärkt werden müssen. Um die kommende Krise der Rentenversicherung systemkonform abzuwenden, schlage ich vor, dass Kinderlose mehr in die Rentenversicherung einzahlen. Aktuell machen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil je ca. 9 Prozent des Lohnes aus. Den bislang üblichen Satz von 9 Prozent des Bruttolohns zahlen Familien mit zwei Kindern oder mehreren. Das Geld sollte in einen Demografiefonds zur Krisenabwehr fließen. Mittelfristig muss man über einen höheren Mindestlohn nachdenken, im benachbarten Dänemark sind erheblich höhere Löhne bei vergleichbaren Sozialstandards und einer ähnlich innovativen Wirtschaft machbar. Geringe Löhne führen zu geringen Renten.

Lassen Sie uns noch ein paar Fragen von strategischer Tiefe diskutieren: Stichwort demografi-



Joachim Paul

wurde in Bendorf am Rhein geboren, hat Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft in Bonn, Mainz und Boston (USA) studiert und arbeitete bis 2016 als Gymnasial- und Berufsschullehrer. Er ist stellvertretender Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz sowie ihr bildungs- und medienpolitischer Sprecher.

twitter.com/JoachimPaul_AfD

sche Krise. Wie sieht eine Familienpolitik der AfD aus, die auf diese Herausforderung antworten kann?

Timo Böhme: Die AfD fordert seit ihrer Gründung die Ausweitung des steuerlichen Splittings auch auf die Kinder einer Familie, also das Familiensplitting. Beim Ehegattensplitting, das das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber in den 1950er-Jahren als Steuerreform aufgegeben hatte, wurde – in Grundzügen erklärt – das Mittel der addierten Einkommen beider Ehepartner versteuert. Damit wurde die höhere Besteuerung – die sogenannte Progression – des höheren Einkommens gedämpft und so für Entlastung gesorgt. Beim Familiensplitting wird bei einer Familie mit vier Kindern das zu versteuernde Einkommen durch vier geteilt, die Steuerlast sinkt dramatisch. Die AfD fordert zudem, dass die Betreuung in Kitas und in der Familie gleichwertig behandelt wird. Der Staat gibt sehr viel Geld für Kitas aus. Wir hingegen wollen echte Wahlfreiheit. Eltern, auch Großeltern, welche sich für eine Kinderbetreuung in der Familie entscheiden, müssen finanziell z. B. durch ein Erziehungsgeld unterstützt werden.

Die AfD hat durch die Kritik an der vorherrschenden Zuwanderungssituation ein Alleinstellungsmerkmal – warum ist eine auf großer Bühne stattfindende sozialpolitische Auseinandersetzung überhaupt nötig?

Joachim Paul: Die AfD ist Oppositionsführerin und zudem in allen 16 Landtagen vertreten. Ausgehend von unserem

„Die AfD ist Oppositionsführerin [...]. Ausgehend vom Schlüsselthema Einwanderung müssen wir auch Fragen nach der Zukunft des Sozialstaates beantworten.“

Schlüsselthema Einwanderung müssen wir auch Fragen nach der Zukunft des Sozialstaates beantworten und unsere Tauglichkeit beweisen. Der Wunsch nach diesem Parteitag kam ja geradezu aus der Mitte der Partei. In Rheinland-Pfalz haben wir eine stark geschrumpfte, aber immer noch starke SPD, die in Einklang mit dem Duo Esken und Borjans auf ihre angebliche sozialpolitische Kompetenz setzt. Das bedeutet im Wesentlichen aber mehr und mehr Umverteilung, gepaart mit den linkslinken Enteignungsspinnereien eines Kevin Kühnert.

Wir sollten der SPD, aber auch der CDU, die lange Jahre Regierungsverantwortung getragen und Sozial- und Arbeitsminister gestellt hat, nachweisen, dass sie aus parteipolitischen Opportunismus Reformbedarf verdrängt, für mehr und mehr Bürokratie gesorgt und – weitgehend unbemerkt von den Medien – auch einen stetigen Sozialabbau zu verantworten haben, gerade hinsichtlich der Rente. Einige Beispiele: Man drehte zuungunsten der Versicherten an Rentenformeln, verschlechterte die Stellung der Bürger, die aufgrund von Krankheit und Behinderung eine

Erwerbsminderungsrente beziehen, setzte Rentenerhöhungen aus und führte eine Besteuerung der Renten ein. Zudem wurden Zeiten des Studiums und der Ausbildung aus der Rentenbiografie gestrichen – teilweise im Umfang von bis zu zehn Jahren und sogar mehr.

Seit Jahrzehnten findet eine Einwanderung in die Sozialsysteme statt – auch und gerade in der Bundesrepublik. Wie beeinflusst diese Einwanderung die AfD-Sozialpolitik? Was halten Sie in diesem Zusammenhang übrigens von einem Sozialbonus für Deutsche, der ja Bestandteil der „Höcke-Rente“ ist?

Joachim Paul: Tatsächlich ist fraglich, ob Sozialboni nur für Deutsche nicht vom Bundesverfassungsgericht oder dem Europäischen Gerichtshof wieder kassiert würden, wie Kritiker sagen. Es findet aber eine Einwanderung in die Sozialsysteme statt – das ist Fakt. Für gering qualifizierte Handlanger aus Afrika und dem Orient ist nicht Deutschland das Sehnsuchtsziel, sondern der deutsche Sozialstaat. Es winkt der Sofortbezug von Sozialleistungen. Die klassischen Einwanderungsländer suchen sich jene Einwanderer handverlesen aus, die wirtschaftlich erfolgreich sein wollen und nicht auf die soziale Hängematte schielen, zugespitzt formuliert.

Es ist also durchaus sinnvoll, darüber nachzudenken, wie man die Rechte jener stärkt, die seit Jahren mit ihren Beiträgen den Sozialstaat am Leben erhalten. Ich weise an dieser Stelle noch

mals darauf hin, dass das Familiensplitting ja arbeitende Eltern entlastet.

Hinsichtlich der Rente wäre die Rückkehr zu einer Halbbelegung denkbar, sie galt bis 1990. Das bedeutet: Anspruch auf Anerkennung der Anrechnungszeiten und aller sonstigen versicherungsfremden Leistungen erwirbt grob gesagt nur der Versicherte, der die Hälfte seines Erwerbslebens Pflichtbeiträge entrichtet hat. Nur dann werden die Zeiten in der Schule, Ausbildung, Studium, Kindererziehungszeiten für die Berechnung der späteren Rente ebenso in Ansatz gebracht. So profitieren besonders stark diejenigen, die durch eine jahrzehntelange Beitragszahlung zum Bestand der Rentenversicherung beigetragen haben. Unsere Bundestagsfraktion hat jüngst die Rückkehr zur Wehrpflicht bekräftigt. Den Wehrdienst von 15 bis 24 Monaten könnte man zudem statt mit lediglich einem Bruchteil des Durchschnittseinkommens sehr viel stärker rentenmäßig anrechnen, zum Beispiel

„Mit der Corona-Krise eröffnen sich Chancen, denn die Bereitschaft für Reformen der Sozialpolitik dürfte steigen.“

mit 150 oder gar 200 Prozent. Immerhin ist dieser Dienst Ehrendienst der Staatsbürger für ihr Vaterland.

Wie schätzen Sie aktuell die Folgen der Corona-Pandemie für den Sozialstaat ein?

Joachim Paul: Die Folgen können gravierender sein als jene, die im Zuge der Finanzkrise 2008 aufgetreten sind. Und sie hat uns die Nullzinspolitik beschert, eine finanzpolitische Anomalie. Jetzt sind alle Branchen betroffen, das ist eine ganz andere Dimension. Gleichwohl bewährt sich gerade jetzt ein Instrument unseres Sozialstaates: das Kurzarbeitergeld. Mitarbeiter eines Betriebes werden geringer entlohnt, aber zwölf Monate weiterbeschäftigt, das Unternehmen kann ohne Entlassungen finanziell Luft holen. Man sollte diese Regelung nun auf Auszubildende ausdehnen. Der Vorläufer des Gesetzes stammt übrigens aus dem Jahre 1910. In jedem Fall wird unser gesamtes Sozialsystem bald einem Stresstest unterzogen.

Macht es überhaupt Sinn, angesichts der Pandemie und ihrer noch unklaren Folgen sozialpolitische Reformkonzepte aufzulegen?

Joachim Paul: Denken Sie an die Ölkrise in den 1970er-Jahren. Sie hatte Insolvenzen, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit zur Folge. Durch den Sozialstaat konnte diese Krise gemeistert werden. Es eröffnen sich Chancen, denn die Bereitschaft für Reformen dürfte steigen. An dieser Debatte sollte die AfD als soziale Partei lebhaft teilnehmen.



Timo Böhme

in Annaberg-Buchholz (Sachsen) geboren; auf landwirtschaftliche Lehre und Abitur (Chemnitz) folgte das Studium der Agrarwissenschaften (Halle/Saale), das Böhme mit der Promotion (Göttingen) abschloss. Nach Tätigkeiten als Pflanzenzüchter und Versuchsleiter (Hadmersleben, Bad Salzuflen) fand er 15 Jahre Beschäftigung bei der BASF im Bereich Grüne Gentechnik (Limburgerhof). Seit 2016 ist er für die AfD Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz (Mainz) und sozialpolitischer wie auch landwirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion.

twitter.com/BoehmeTimo